



Presseinformation - 605/07/2020

23.07.2020
Seite 1 von 2

Volksinitiative Artenvielfalt

Umweltministerin Heinen-Esser: Die Volksinitiative kann zu einem zusätzlichen Appell werden, dass jede und jeder seinen Beitrag leisten muss, die Artenvielfalt in und für Nordrhein-Westfalen zu stärken. Ich lade alle Akteure zum Gespräch ein

Pressestelle Staatskanzlei
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134
0211 837-1405
oder 0211 837-1151

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz teilt mit:

Das Umweltministerium erwartet von der heute von den nordrhein-westfälischen Naturschutzverbänden NABU, BUND und LNU gestarteten „Volksinitiative Artenvielfalt“ einen breiten Diskurs über Ziele und Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität. „Der Schutz unserer biologischen Vielfalt darf kein ausschließlich bilateraler Dialog zwischen Politik und Naturschutzverbänden bleiben. Hier benötigen wir ein breites gesellschaftliches Bündnis für den Naturschutz. So kann die Volksinitiative zu einem zusätzlichen Appell werden, dass jede und jeder seinen Beitrag leisten muss, die Artenvielfalt in und für Nordrhein-Westfalen zu stärken. Ich lade alle Akteure zum Gespräch ein. Weniger Schottergärten, mehr Grüne Infrastruktur, weniger Pflanzenschutzmittel sind nur einige Beispiele“, sagte Umweltministerin Ursula Heinen-Esser.

Zusammen mit dem Klimawandel stellt der Verlust der biologischen Vielfalt die gegenwärtig größte ökologische Bedrohung dar. Vor allem der Schwund der Insekten muss genau in den Blick genommen werden. So war Nordrhein-Westfalen das erste Bundesland, das eine Langzeitstudie zur Erforschung der Ursachen des Insektenrückgangs gestartet hatte.

Um dem Flächenverbrauch entgegenzuwirken, plant die Landesregierung ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket. Zudem soll die Biodiversitätsberatung für die Landwirtschaft ausgebaut, das bisher befristete Projekt „Leitbetriebe Biodiversität“ fortgesetzt werden. 2019 erhielten rund 11.000 Betriebe für Agrarumweltmaßnahmen Förderungen von knapp 53 Millionen Euro; über 3.100 Betriebe haben einen Förderantrag

für Blüh- und Schonstreifen gestellt. Was die Stilllegung der Staatswaldfläche für Naturschutzzwecke betrifft, steht Nordrhein-Westfalen bundesweit sehr gut da und will diese Spitzenstellung beibehalten und weiter ausbauen. Insgesamt stehen alleine im Jahr 2020 über 57 Millionen Euro zur Unterstützung der Forst- und Holzwirtschaft in Nordrhein-Westfalen bereit, um die Waldzukunft nachhaltig zu gestalten. Darüber hinaus will die Landesregierung die Grüne Infrastruktur stärken. Ziel ist es, ein durchgängiges Netz aus Grün- und Freiräumen zu schaffen.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Telefon 0211 4566-719 (Peter Schütz).

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)